Reform ist Sargnagel der Vor-Ort-Apotheke

27.09.2024 23:36

MdB Florian Oßner sucht pragmatische Lösungen mit der Marien-Apotheke in Neufahrn

Strukturreform existenzgefährdend

Die Apotheken in Deutschland stehen vor großen Veränderungen. So soll es neben einer Honorarreform vor allem eine große Strukturreform in der Apothekenlandschaft geben. Kulzer verwies darauf, dass im Besonderen die Strukturreform die Apotheken, die vor Ort für die Menschen da sind, in ihrer Existenz bedroht. Durch diese Strukturreformen soll es neben den bisherigen Apotheken auch eine sogenannte "Apotheke light" geben. Diese darf ohne einen Apotheker betrieben werden und bietet nicht mehr den vollen Umfang der Versorgung. Kulzer betonte, dass die Apotheken in Deutschland täglich bis zu 3 Millionen Kundenkontakte hätten: "Damit ist eine flächendeckende und qualifizierte Gesundheitsversorgung garantiert. Durch Versandapotheken und Gesundheitskioske könnte diese vertrauensvolle Beziehung aus Patienten und Apotheke sowie eine professionelle Beratung nicht gewährleistet werden. Eine Rosinenpickerei käme in Gange." Die Apotheken würden dann nur noch das wirtschaftliche Risiko von hochpreisigen und besonderen Medikamenten tragen, könnten aber ohne das fehlende Tagesgeschäft, also die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln, nicht mehr ihr Überleben sichern. Auch Clotten warnt vor der Strukturreform: "Die Reform ist der Sargnagel der Apotheken. Wenn immer mehr Akteure auf den Arzneimittelmarkt mitmischen, leidet die wohnortnahe Versorgung der Menschen, besonders im Falle einer schweren Krankheit".

Honorarreform modifizieren

Haushaltspolitiker Florian Oßner konnte an einem Rechenbeispiel von Kulzer gut nachvollziehen, welche Auswirkungen zudem die Honorarreform der Ampel-Bundesregierung für die Apotheken haben würde. Am Ende sinkt der Rohgewinn der Apotheken deutlich. So haftet der Apotheker sowohl wirtschaftlich gegenüber den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) und Zulieferern, als auch in der Frage, ob das Medikament für einen Patienten geeignet ist. Die Apotheker fordern ein Fixhonorar pro verschreibungspflichtiges Medikament von 12 Euro. Seit 2004 liegt dieser Betrag bei knapp über 8 Euro und wurde trotz hoher Inflation, deutlich gestiegener Lohnkosten sowie überproportional angestiegener Beitragseinnahmen der GKV nicht angepasst. Damit sanken die Einnahmen für die Apotheken vor Ort in den vergangenen Jahren bereits deutlich. Zudem zahlt eine Apotheke pro Medikament nochmals 2 Euro an die Krankenkasse als Abschlag. Oßner unterstütze den Vorschlag, hier eine Absenkung vorzunehmen. Bereits 2023 wurden in Deutschland über 500 Apotheken geschlossen. Derzeit ist das Land mit seiner Apothekendichte auf dem Niveau aus dem Jahr 1979. Wird die Reform so kommen, wie von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant, wird sich die Lage nochmals deutlich verschärfen. "Die Ampel-Regierung hinterlässt besonders im medizinischen Bereich einen enormen Flurschaden. Die notwendigen Reformen sind eine Herausforderung, aber nicht unlösbar. Falls das Apothekensterben so weitergeht, wie in den letzten Jahren, bricht uns viel Wertschöpfung und

Lebensqualität in unserer Heimatregion weg. Die Folge wären Gewinnverlagerungen zum ausländischen Versandhandel, was nicht unser Ziel sein darf", so der Volkswirt Oßner.



_ v.l.n.r. Rechtsanwalt Theo Clotten, CSU-Bundestagsabgeordneter Florian Oßner, Neufahrns Bürgermeister Peter Forstner und Apotheker Andreas Kulzer wollen die Apotheken vor Ort erhalten. Foto: Maria Rohrmeier